LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen | Wolfenbüttel, den 3. Juli 2018

P r o t o k o l l

über die 11. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 25.06.2018
Sitzungsbeginn:	18:05 Uhr
Sitzungsende:	19:44 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Landrätin

Steinbrügge, Christiana	

CDU-Fraktion

Eichenlaub, Günter	
Fricke, Dietmar	
Glier, Andreas	
Großer, Elke	Stellv. Vorsitzende Kreistag
Hantelmann, Klaus	
Koch, Manfred	
Lagosky, Uwe	Vorsitzender CDU
Löhr, Norbert	
Oesterhelweg, Frank	
Plumeyer, Henning	
Rautmann, Dirk	
Schäfer, Uwe	Stellver. Landrat
von Veltheim, Alexander	

AfD-Fraktion

Barnstorf-Brandes, Jürgen	
Heid, Klaus-Dieter	
Nieder, Achim	
Wolfrum, Manfred, Dr.	

GRÜNE-Fraktion

Barkhau, Holger	Vorsitzender GRÜNE
Dette, Ehrhard	Stellv. Vorsitzender Kreistag
Gerndt, Reinhard, Dr.	
Nagel, Hilmar	
Wagner-Judith, Christiane	Stellver. Landrätin

FDP-Fraktion
Fach, Thomas

DIE LINKE-Fraktion

Schulz, Hartmut	
Stoppok, Arnfred	Vorsitzender DIE LINKE

SPD-Fraktion

Albinus, Martin	
Brandes, Katrin	
Deitmar, Reinhard	
Eichenlaub, Joachim	
Fahlbusch, Susanne	
Ganzauer, Oliver	Vorsitzender Kreistag
Hausmann, Michael	
Hensel, Falk	Vorsitzender SPD
Keye, Bernfried	
Koch, Harald	
Märtens, Julian	Stellver. Landrat
Münch, Janna	
Naumann, Ruth	
Resch-Hoppstock, Sabine	
Sandte, Michael	

Von der Verwaltung

Hortig, Martin, Dezernent	Erster Kreisrat
Klooth, Kathrin	Dezernentin III
Schillmann, Claus-Jürgen	Kreisbaurat
Löb, Susanne	Gleichstellungsbeauftragte
Burfeind, Lisa	Pressesprecherin
Eidam, Julia	Protokollführerin

Es fehlen:

CDU-Fraktion
Kanter, Heike
Wolff, Michael

AfD-Fraktion

Pastewsky, Jürgen	Vorsitzender AfD

FDP-Fraktion

Försterling, Björn	Vorsitzender FDP

SPD-Fraktion
Bosse, Marcus
Meyn, Lennie

Tagesordnung:

<u>Öffentliche Sitzung:</u>

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 23.05.2018
5. Anfragen

5.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)

6. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion: Übertragung von Kreistagssitzungen im Internet
   Vorlage: XVIII-0310/2018
7. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: Einführung eines modernen Feuerwehrausweises im Landkreis Wolfenbüttel
   Vorlage: XVIII-0311/2018
8. Schulsozialarbeit an den Gymnasien
   Vorlage: XVIII-0263/2018
9. Schulsozialarbeit:
   Weiterführung der sozialpädagogischen Stelle in der Förderschule am Teichgarten
   Vorlage: XVIII-0291/2018
10. Überarbeitetes Raumkonzept für die Oberstufe der Henriette-Breymann-Gesamtschule (HBG) ab dem Schuljahr 2019/20, Stand Mai 2018
    Vorlage: XVIII-0305/2018
11. Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Haupt- und Realschulen
    Vorlage: XVIII-0288/2018
12. Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Landkreises Wolfenbüttel für die außerschulische Nutzung von Sportstätten, Schulräumen und Schulgrundstücken
    Vorlage: XVIII-0286/2018
13. Einführung eines "Sozialtickets"
    Vorlage: XVIII-0296/2018
14. Masterplan Klostergut Heiningen
    Vorlage: XVIII-0294/2018
15. Neufassung der Abfallbewirtschaftungssatzung
    Vorlage: XVIII-0306/2018
16. Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2017
    Vorlage: XVIII-0299/2018
17. Unterrichtung über über-/außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017
    Vorlage: XVIII-0295/2018
18. Quartalsbericht I/ 2018 Landkreis Wolfenbüttel
    Vorlage: XVIII-0298/2018

19. Berufung einer Prüferin und eines Prüfers für das Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: XVIII-0308/2018

20. Abberufung einer Prüferin für das Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: XVIII-0309/2018

21. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)

22. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 5 i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Ganzauer eröffnet um 18:05 Uhr die 11. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

Vorsitzender Ganzauer führt an, dass die KAbge. Bosse, Försterling, Kanter, Meyn, Pastewsky und Wolf entschuldigt fehlen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (5c GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorliegen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird genehmigt

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 23.05.2018

Vorsitzender Ganzauer erklärt, dass keine Änderungswünsche vorliegen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 1 Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 10. Sitzung des XVIII.- gewählten Kreistages am 23.05.2018 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

Frau Siemens nimmt Bezug auf die Sperrung der B6 und die eingerichtete Umleitung und fragt nach, ob die Durchfahrt noch für LKWs gesperrt werde?

Kreisbaurat Schillmann antwortet, dass die Straßenbaubehörde in Goslar zuständig sei und bittet Frau Siemens, sich an diese Behörde zu wenden.

Frau Siemens nimmt weiterhin Bezug auf den TOP 11 „Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Haupt- und Realschulen“ und fragt nach, ob mit der Stadt Braunschweig die Möglichkeit erörtert wurde, dass Kinder aus Cremlingen eine Haupt- und Realschule in Braunschweig besuchen könnten und im Gegenzug die künftige Oberschule in Sickte für die Schüler*innen aus Braunschweig geöffnet werde? Frau Siemens kündigt die Übergabe eines gleichlautendenden Briefes an Landrätin Steinbrügge an.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass die Stadt Braunschweig im Bezug auf das Thema Integrierte Gesamtschule (IGS) zu dieser Frage angeschrieben wurde. Damalig wurde mitgeteilt, dass keine Kapazitäten für andere Schüler*innen vorhanden seien, weder an einer IGS noch an einer anderen Schulform.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)

KAbg. Lagosky nimmt Bezug auf das Thema Wirtschaftsförderung und fragt nach, wie das Thema mit den übrigen Hauptverwaltungsbeamtinnen und –beamten diskutiert wurde und werde und wie Landrätin Steinbrügge zwischenzeitlich zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Gemeinden stehe?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass das Thema Wirtschaftsförderung stets auf der Tagesordnung der HVB-Runden stehe. Die nächste Sitzung sei für diesen Mittwoch terminiert. An der Einstellung habe sich auch zwischenzeitlich nichts geändert. Der Landkreis Wolfenbüttel habe im Jahr 2015 mit Beschluss des Kreistages die Wirtschaftsförderung neu aufgestellt. Nach personeller Fluktuation sei die Stelle nunmehr seit fast 2 Jahren besetzt und auf einem guten Wege. Über den aktuellen Stand der Wirtschaftsförderung werde auf der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit berichtet.

KAbg. Nagel erklärt, dass die Straßenmeisterei Goslar an dem Parkplatz an der L615 großflächig Büsche und Bäume beschnitten habe und fragt nach, wie die Kreisverwaltung gedenke, dies künftig zu verhindern?

Kreisbaurat Schillmann antwortet, dass der Parkplatz in die Zuständigkeit des Straßenbauamts Goslar falle. Der Landkreis Wolfenbüttel habe eine Anhörung mit der Bitte um Aufklärung an das Straßenbauamt gesandt. Eine Antwort stehe derzeit aus. Erst wenn das Ergebnis vorliege, könne über künftige Konsequenzen nachgedacht werden.

KAbg. Nagel nimmt Bezug auf das Oberziel Umwelt- und Klimaschutz und insbesondere der

Biotopvernetzung und der Einhaltung von Flurgrenzen. Über die Jahre seien Feldraine verloren gegangen. Eine verbesserte Vernetzung sorge u.a. auch für mehr Arten- und Insektenschutz. Daher werde nachgefragt, welche Möglichkeiten die Kreisverwaltung mit der unteren Naturschutzbehörde und der Landwirtschaftskammer sehe, die Biotopvernetzung und die Förderung von Feldrainen aktiv zu unterstützten?

Kreisbaurat Schillmann antwortet, dass sämtliche Grenzen und Straßenränder überprüft worden seien. Insgesamt konnten dabei 4 Überschreitungen festgestellt werden, welche einvernehmlich gelöst werden konnten. Die Biotopvernetzung sei ein wichtiges Thema und werde im Rahmen des Masterplans Naturschutzes und im Zusammenhang mit dem Erhalt von Arten und Insekten entwickelt, gefördert und vorangetrieben.

KAbg. Großer merkt an, dass die Kreisverwaltung als Heimaufsichtsbehörde eine Qualität in der Pflege und der Betreuung in den Alten- und Pflegeheimen sicherzustellen habe und fragt nach, ob im Landkreis Wolfenbüttel Heime bekannt seien, wo Personal fehle? Wenn ja, werde um Angabe gebeten, wie viel Personal fehle.

Dezernentin Klooth antwortet, dass eine Übersicht über freie Pflegestellen im Landkreis Wolfenbüttel nicht bekannt sei. Ggf. werde eine Antwort über das Protokoll nachgeholt.

Anmerkung der Kreisverwaltung:
Eine Übersicht über die konkrete Personalsituation mit etwaigen Vakanzen in den Alten- und Pflegeheimen liegt nicht vor.

KAbg. Oesterhelweg nimmt ebenfalls Bezug auf die Schröpfung der Grünfläche an dem Parkplatz L615 bei Schladen durch das Straßenbauamt Goslar sowie auf die großzügigen Schröpfungen südlich von Halchter an der L615 und an der Autobahnauf- und -abfahrt Wolfenbüttel Süd-West durch das Straßenbauamt Wolfenbüttel. Da die Landwirte durch die Kreisverwaltung zu Beratungsgesprächen eingeladen werden, wie sie nach Recht und Gesetz zu verfahren haben, werde nachgefragt, ob entsprechend auch die Straßenbauämter zu Beratungsgesprächen eingeladen werden?

Kreisbaurat Schillmann bestätigt, dass es eine Gleichbehandlung geben werde.

KAbg. Oesterhelweg nimmt in Abstimmung mit KAbg. Bosse Bezug auf die 09. Sitzung des Kreistages am 09.05.2018 und die Anfrage zu den Kühlcontainern und fragt erneut nach etwaigen Kosten und der kurzfristigen Verfügbarkeit im Falle des Ausbruchs der afrikanischen Schweinepest.

Landrätin Steinbrügge verweist auf die Antworten zum Protokoll über die 9. Sitzung des Kreistages und ergänzt, dass das Land Niedersachsen zwischenzeitlich 5 Container angeschafft habe, welche bei Bedarf abgerufen werden könnten. Weitere Container könnten innerhalb von 2-3 Tagen über die Firma Secamin geliefert werden. Die Abrechnung der Inanspruchnahme erfolge über eine Mietkonstellation. Genaue Kosten seien hierzu jedoch aktuell nicht bekannt.

Anmerkung der Kreisverwaltung:
Nach Rücksprache wird denjenigen, die als erste die Container vom Land anfordern, diese kostenfrei zur Verfügung gestellt. Weitere Erkenntnisse über mögliche Kosten darüber hinaus liegen aktuell nicht vor.

KAbg. Dr. Wolfrum fragt nach, was genau ein Kühlcontainer sei, wer diesen benutzen dürfe, wo dieser stehe, was mit den toten Tieren passiere und wie der Container konkret den Ausbruch der afrikanischen Schweinepest verhindern bzw. stark verzögern solle?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass die Container dezentral aufgestellt seien und nur angefordert werden, wenn eine Notwendigkeit bestünde.

Erster Kreisrat Hortig ergänzt, dass es sich bei den Containern der Firma Secamin nicht um Kühlcontainer, sondern normale, mobile Container handle, welche an einen etwaigen Ort des Ausbruchs der afrikanischen Schweinepest aufgestellt werden könnten. Die Container seien insofern dienlich für die Verhinderung/ Verzögerung des Ausbruchs, da etwaige infizierte Tiere in den Containern gelagert werden können. Damit werde verhindert, dass andere Tiere das infizierte Tier auffressen. Aktuell habe sich für Deutschland die Gefahr des Ausbruchs der afrikanischen Schweinepest nicht gesteigert.

KAbg. Oesterhelweg nimmt Bezug auf das Thema Wohnraum/ Wohnraumknappheit und einem Artikel von Haus& Grund, wonach ein Mietpreisspiegel Verlässlichkeit und Berechenbarkeit für Mieter und Vermieter gebe. Es werde nachgefragt, wie die Landrätin einen Mietpreisspiegel beurteile und ob eine etwaige Initiative unterstützt werden würde?

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass ein Mietpreisspiegel sinnvoll sei, wenn Rahmenbedingungen und Grundlagen geklärt seien.

KAbg. Dr. Gerndt fragt nach, ob an der Autobahnauffahrt Adersheim eine Aufforstung mit geeignetem Straßengrün machbar sei, um etwaigen Schneeverwehungen entgegenzuwirken?

Kreisbaurat Schillmann antwortet, dass aufgrund des Klimawandels Schneeverwehungen kein großes Thema seien. Entsprechende Aufforstungen seien nicht geplant.

KAbg. Stoppok nimmt Bezug auf die Neuvergabe der Postdienstleistung im Landkreis Wolfenbüttel und konkret auf einen Fall aus der Eingliederungshilfe, wo ein wichtiger Brief bei dem Empfänger nicht angekommen sei. Es werde nachgefragt, warum solch wichtigen Dokumente nicht per Zustellungsurkunde versandt werden?

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass es nach wie vor Probleme bei einigen Zustellungen gebe. Der angesprochene Einzelfall sei aktuell nicht bekannt, werde aber gerne aufgenommen und überprüft.

Anmerkung der Kreisverwaltung:
Alle Schreiben aus dem Bereich der Eingliederungshilfe werden auf dem normalen Postwege versandt, da in der Regel die Zustellungsfiktion von 3 Tagen zutrifft. Sollten Briefe nicht zustellbar sein, kommen diese zurück. Fälle, wo Briefe weder bei dem Empfänger angekommen noch an die Kreisverwaltung zurück gesandt wurden, sind, bis auf den vorgenannten Einzelfall, nicht bekannt.

TOP 6 Antrag der AfD-Kreistagsfraktion: Übertragung von Kreistagssitzungen im Internet Vorlage: XVIII-0310/2018

KAbg. Nieder erläutert, warum der Antrag der AfD-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0310/2018 ergibt, angenommen werden sollte.

Vorsitzender Ganzauer lässt über die Annahme des Antrages abstimmen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag bei 4 Ja- gegen 37 Neinstimmen nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der AfD- Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0310/2018 ergibt, wird nicht angenommen.

TOP 7 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: Einführung eines modernen Feuerwehrausweises im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0311/2018

Stellvertr. Landrat Schäfer erläutert, warum der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0311/2018 ergibt, angenommen und in den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit überwiesen werden sollte.

Vorsitzender Ganzauer lässt über die Annahme des Antrages abstimmen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0311/2018 ergibt, wird angenommen und in den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit überwiesen.

TOP 8 Schulsozialarbeit an den Gymnasien Vorlage: XVIII-0263/2018

KAbg. G. Eichenlaub erläutert die Vorlage: XVIII-0263/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

1. Die sozialpädagogische Arbeit an den Gymnasien in der Stadt Wolfenbüttel wird dauerhaft fortgeführt, bis das Land Niedersachsen die angekündigte Übernahme der schulischen Sozialarbeit realisiert.

2. Die hälftige Kostentragung zwischen Landkreis und Stadt Wolfenbüttel für die betreffenden Stellen wird beibehalten.

TOP 9 Schulsozialarbeit: Weiterführung der sozialpädagogischen Stelle in der Förderschule am Teichgarten Vorlage: XVIII-0291/2018

KAbg. G. Eichenlaub erläutert die Vorlage: XVIII-0291/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die sozialpädagogische Arbeit an der Förderschule am Teichgarten wird über den 31.07.2018 hinaus bis zum 31.07.2024 mit einer weiteren halben Stelle fortgeführt.

TOP 10 Überarbeitetes Raumkonzept für die Oberstufe der Henriette-Breymann-Gesamtschule (HBG) ab dem Schuljahr 2019/20, Stand Mai 2018; Vorlage: XVIII-0305/2018

KAbg. Fahlbusch erläutert die Vorlage: XVIII-0305/2018 und weist auf eine geänderte Beschlussformulierung der Beschlusspunkte 2 und 3 hin, welche durch Landrätin Steinbrügge eingebracht werde.

Landrätin Steinbrügge trägt die überarbeitete Beschlussformulierung vor und merkt an, dass die Überarbeitung lediglich der Klarstellung diene. Der Schulausschuss der Stadt Wolfenbüttel habe die Aufstellung mobiler Unterrichtscontainer auf dem Gelände des Theodor-Heuss-Gymnasiums (THG) kritisch diskutiert. Bislang sei lediglich die Unterbringung für das Schuljahr 2018/2019 sicher geklärt. Alles Weitere müsse mit der Stadt Wolfenbüttel abgestimmt werden.

KAbg. Hantelmann erklärt, dass die Vorlage mehr Planungssicherheit für die Schüler- und Lehrerschaft an der Henriette-Breymann-Gesamtschule (HBG) biete, da das Thema Oberstufencampus und die damit einhergehende Pendelei von Schülern und Lehrern vom Tisch sei. Es werde angemerkt, dass der Oberstufencampus ohnehin keinen Mehrwert gehabt hätte, da die Oberstufe der HBG auch ohne Campus mit den Oberstufen der anderen Gesamtschule und der Gymnasien, aufgrund gleicher Leistungsanforderungen, kooperiere und zusammenarbeite. Ob tatsächlich 16 Container angeschafft werden müssten, werde kritisch gesehen, jedoch werde die CDU-Kreistagsfraktion der Vorlage zustimmen.

KAbg. Hensel hebt zunächst die erfolgreiche Arbeit der HBG hervor, so dass der nächste Jahrgang sogar 4-zügig starten könne. Im Gegensatz zu KAbg. Hantelmann werde der Oberstufencampus weiterhin befürwortet und inhaltliche sowie wie finanzielle Synergien gesehen. Der Oberstufencampus hätte anstatt 6 Mio. €, lediglich rund 2 Mio. € gekostet. Mit dem Beschluss zur Fortführung der Förderschule am Teichgarten sei nunmehr ein weiterer Neubau notwendig, welcher entsprechende Gelder in Anspruch nehme. Die SPD-Kreistagsfraktion akzeptiere die demokratisch getroffene Entscheidung zur Fortführung der Förderschule, werde sich jedoch bei der hiesigen Beschlussfassung enthalten, da weiterhin Oberstufencampus befürwortet werde.

KAbg. Barkhau merkt an, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Beschlussfassung unterstützen werde, da der Oberstufencampus auf dem Gelände Teichgarten, durch die Fortführung der Förderschule, nicht mehr realisierbar sei.

Vorsitzender Ganzauer lässt über die überarbeitete Beschlussformulierung abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 15 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

1. Der Beschluss des Kreistages vom 11.01.2016 zum Raumkonzept für die Oberstufe der Henriette-Breymann-Gesamtschule (HBG) wird wie folgt geändert:

   Unter dem Vorbehalt der positiven baurechtlichen Prüfung durch die Stadt Wolfenbüttel wird für die Oberstufe der HBG zum Schuljahr 2022/23 ein Neubau (ausgerichtet auf Vierzügigkeit) auf dem Gelände Ravensberger Str. 19 errichtet.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Wolfenbüttel einen Vorschlag für die räumliche Unterbringung der Oberstufe der HBG in mobilen Unterrichtsräumen für die Schuljahre 2019/2020, 2020/2021 und 2021/2022 (voraussichtliche Dauer der Bauzeit eines Neubaus) abzustimmen. Die Ergebnisse dieser Erörterungen werden den Gremien jeweils zeitnah zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

3. Der voraussichtlich entstehende Investitionsbedarf für die Errichtung eines vierzügig ausgerichteten Neubaus für die Oberstufe der HBG in Höhe von ca. 6 Mio Euro wird zur Kenntnis genommen. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Haushaltsjahren 2019 ff. entsprechend zur Kenntnis genommen.

TOP 11 Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Haupt- und Realschulen; Vorlage: XVIII-0288/2018

KAbg. Fahlbusch erläutert die Vorlage: XVIII-0288/2018.

Stellvertr. Landrat Märtens bedauert, dass es nicht gelungen sei, die Schüler*innen der Haupt- und Realschulen im ländlichen Raum an den eigenen Schulen zu halten. Selbst eine Handvoll Schüler*innen mehr, hätten der Entwicklung und dem Fortbestand der Standorte im ländlichen Bereich gut getan. Die aktuelle Situation erfordere jedoch leider die Festlegung dieser Schulbezirke, wonach die Vorlage unterstützt werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 6 Enthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Haupt- und Realschulen wird gemäß § 10 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit § 63 Abs. 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) gemäß Anlage 1 zur Vorlage XVIII-0288/2018 beschlossen.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Haupt- und Realschulen vom 13.03.2017 (bekannt gemacht im Amtsblatt Nr. 11 vom 24.03.2017), gültig ab 01.08.2017, außer Kraft.

TOP 12 Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Landkreises Wolfenbüttel für die außerschulische Nutzung von Sportstätten, Schulräumen und Schulgrundstücken Vorlage: XVIII-0286/2018

KAbg. Fahlbusch erläutert die Vorlage XVIII-0286/2018 und weist auf die Änderung in der Formulierung hin, wie sie der Ausschuss für Schule und Sport sowie der Kreisausschuss empfohlen habe. Weiterhin habe sich der Fachausschuss eine Evaluation nach einem Jahr gewünscht.

KAbg. Löhr hebt hervor, dass die Entscheidung zur kostenfreien Überlassung der Sportstätten, so wie in § 3 geregelt, nicht selbstverständlich sei. Vielerorts werden erhebliche Gebühren erhoben. Die Bürgerinnen und Bürger sollten entsprechend darauf hingewiesen werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Benutzungs- und Entgeltordnung des Landkreises Wolfenbüttel für die außerschulische Nutzung von Sportstätten, Schulräumen und Schulgrundstücken wird gemäß Anlage 1 zur Vorlage XVIII-0286/2018 zum 01.08.2018 mit folgender Änderung beschlossen:

Punkt A, Ziffern b) Nr. 3 und 4 erhalten folgenden Wortlaut:

3.	Mitgliederstärke der Vereinsabteilungen mit Bundesliga-, Regionalliga- und Landesligamannschaft, die hallenintensive Sportarten ausüben	multipliziert mit Bonusfaktor 2,0
4.	Mitgliederstärke der Vereinsabteilungen mit Bundesliga-, Regionalliga- und Landesligamannschaft, die keine hallenintensive Sportarten ausüben	multipliziert mit Bonusfaktor 1,5

Gleichzeitig tritt die Benutzungs- und Entgeltordnung vom 01.08.2014 außer Kraft.

TOP 13 Einführung eines "Sozialtickets" Vorlage: XVIII-0296/2018

KAbg. Großer erläutert die Vorlage XVIII-0296/2018 und weist auf das nachgereichte Schreiben mit dem überarbeiteten Vertragsentwurf vom 19.06.2018 hin.

KAbge. Großer, Oesterhelweg, Brandes, Stoppok, Glier, Hensel sowie die stellvertr. Landrätin Wagner-Judith zeigen sich im Namen ihrer Fraktion erfreut über die Einführung des Sozialtickets ab dem 01.08.2018 für 2 Jahre im Landkreis Wolfenbüttel. Begonnen habe es mit einem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion Anfang 2016. Bis heute habe es gedauert, das Sozialticket so weiterzudenken und fortzuentwickeln, wie es heute beschlossen werden soll. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration habe stetig an dem Thema gearbeitet, die Verwaltung neue Vorschläge vorgebracht, so dass schlussendlich aus einem Pilotprojekt für 12 Monate in zwei Gemeinden, ein Sozialticket für 2 Jahre – u.a. ohne zeitliche Beschränkung der Fahrten und mit einer Ermäßigung für Kinder – für den gesamten Landkreis Wolfenbüttel entstanden sei. Das Sozialticket fördere die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, was insbesondere bei einem Flächenlandkreis schwierig, aber eben auch notwendig erscheine. Ein großer Dank werde an den Verein Lichtblick, welcher das Thema stets begleitet und viele Anregungen gegeben habe, sowie an die Kreisverwaltung für die gute Arbeit gerichtet. Positiv seien ferner die angekündigte Evaluation, welche über Fragebögen erfolge, die vom Regionalverband ausgewertet werden sowie die stete Möglichkeit der Nachverhandlung und Nachbesserung. KAbg. Oesterhelweg merkt an, dass der Einsatz des Vereins Lichtblick verdeutliche, wie Demokratie funktioniere und zeige, dass es sich lohne sich für Andere und ihre Interessen einzusetzen. Das Sozialticket sei ein Erfolg des Hauses. Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith weist auf die erfreuliche Änderung hin, dass das Sozialticket nunmehr „rund um die Uhr“ genutzt werden könne. Die Diskussionen haben darüber hinaus aufgezeigt, wo im Bereich des ÖPNV was getan werden müsste. KAbge. Brandes und Stoppok ergänzen, dass das Sozialticket ein guter Beginn auf dem Weg zu einem kostenlosen ÖPNV – dem Mobilticket – für alle sei. Insbesondere den Menschen, die derzeit knapp über dem Satz liegen und daher keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, falle es oftmals schwer, die Fahrtkosten zu tragen. Ferner müssten die derzeitigen Tarifzonen überdacht

und vereinfacht werden. Wünschenswert wäre eine Tarifzone für den kompletten Landkreis. KAbg. Großer merkt an, dass das Sozialticket nunmehr ausreichend kommuniziert werden müsste, da nicht alle Bürgerinnen und Bürger über eine örtliche Zeitung oder ein Handy mit Internetzugang verfügen. Die Einführung des Sozialtickets zeige, wie sich Politik parteiübergreifend für die Menschen einsetze.

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass die Einführung des Sozialtickets zur Leitidee „Miteinander und Füreinander“ passe und das Thema Mobilticket mit dem Regionalverband in einer Klausurtagung im August 2018 behandelt werde. KAbg. Hensel erklärt abschließend, dass der Landkreis Wolfenbüttel mit der Einführung eine Vorreiterrolle übernehme, da bisher kein Landkreis, sondern nur Städte, ein Sozialticket eingeführt haben.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt in Ergänzung zu dem Beschluss vom 13.11.2017 die Einführung des Sozialtickets ab 01.08.2018 für die Dauer von 2 Jahren.

Die Landrätin wird beauftragt, den in der Anlage zum Schreiben vom 19.06.2018 befindlichen Vertrag abzuschließen.

TOP 14 Masterplan Klostergut Heiningen Vorlage: XVIII-0294/2018

KAbg. Löhr erläutert die Vorlage XVIII-0294/2018.

KAbg. Fahlbusch erklärt, dass sich die Samtgemeinde Oderwald mit ihren Mitgliedsgemeinen im Dorfentwicklungsplan befinde und nach Aufstellung viele Maßnahmen gefördert werden könnten. Der Zeitpunkt für die Erstellung des Masterplanes sei daher günstig und sollte genutzt werden, um das Ensemble erhalten zu können.

KAbg. Löhr merkt an, das es sich bei dem Klostergut Heiningen unstrittig um ein historisches Kulturgut handle, welches erhalten werden sollte. Der Masterplan baue auf die Entwicklungsstudie aus 2013 auf. Jedoch müsse klar sein, dass die Kreisverwaltung die Erstellung des Masterplanes mit einem Zuschuss von 25.000 € fördere, danach jedoch nicht verpflichtet sei, weitere Gelder bereitzustellen. Weitere finanzielle Mittel müssten sodann aus anderen Töpfen akquiriert werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Braunschweigische Stiftung als rechtliche Vertreterin der Treuhandstiftung, Stiftung Kulturgut Klostergut Heiningen‘ wird für die Erstellung der Masterplanstudie zur nachhaltigen, verlässlichen Entwicklung des Kulturgutes ‚Klostergut Heiningen‘ als Infrastrukturfaktor in und für die Region Wolfenbüttel mit einem Betrag in Höhe von 25.000 € unterstützt.

TOP 15 Neufassung der Abfallbewirtschaftungssatzung Vorlage: XVIII-0306/2018

KAbg. Hausmann erläutert die Vorlage XVIII-0306/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Entwurf der Neufassung der Satzung über die Abfallbewirtschaftung für den Landkreis Wolfenbüttel wird als Satzung beschlossen.

TOP 16 Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2017 Vorlage: XVIII-0299/2018

KAbg. Hausmann erläutert die Vorlage XVIII-0299/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1) Der mit Prüfbericht der WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2017 des Eigenbetriebes Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel und der Lagebericht werden festgestellt.

2) Der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2017 der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel in Höhe von insgesamt 287.835,83 € wird wie folgt verwendet:
   - Der Jahresüberschuss des Teilbetriebes Breitband in Höhe von 72.703,37 € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.
   - Der Jahresfehlbetrag des Teilbetriebes Tiefbau in Höhe von 8.744,92 € wird aus der Allgemeinen Rücklage entnommen.
   - Der Jahresüberschuss des Teilbetriebes Abfallwirtschaft in Höhe von 223.877,38 € wird gem. § 12 Abs. 4 Eigenbetriebsverordnung als Eigenkapitalverzinsung an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt.

3) Der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel wird gem. § 33 Eigenbetriebsverordnung für das Wirtschaftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

TOP 17 Unterrichtung über über-/außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017 Vorlage: XVIII-0295/2018

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0295/2018.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den in der Zeit vom 27.04.2017 bis zum 29.03.2018 bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0295/2018 ergeben, wird Kenntnis genommen.

TOP 18 Quartalsbericht I/ 2018 Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0298/2018

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0298/2018.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Quartalsbericht I / 2018 des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verbessert sich das Ergebnis voraussichtlich um 210.400 €.

TOP 19 Berufung einer Prüferin und eines Prüfers für das Rechnungsprüfungsamt Vorlage: XVIII-0308/2018

Stellvertr. Landrat Märtens erläutert die Vorlage: XVIII-0308/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Gemäß § 154 Abs. 2 NKomVG wird Frau Kreisamtfrau Birgit Hintze mit sofortiger Wirkung zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes berufen.

2. Gemäß §154 Abs. 2 NKomVG wird Herr Kreisamtsrat Jens Glasenapp mit sofortiger Wirkung zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes berufen.

TOP 20 Abberufung einer Prüferin für das Rechnungsprüfungsamt Vorlage: XVIII-0309/2018

Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith erläutert die Vorlage: XVIII-0309/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Gemäß § 154 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungs-gesetzes (NKomVG) wird Frau Kreisamtfrau Daniela Grossmann mit Wirkung zum 01.07.2018 als Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes abberufen.

TOP 21 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Unterrichtungspunkte vorliegen.

TOP 22 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 5 i GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Ganzauer schließt die öffentliche Sitzung um 19:44 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in